



Haushaltsrede 2018/19

von Manfred Preuß

Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rat

in der Ratssitzung am 14.12.2017

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

ich bin froh, dass wir nun doch nicht die Notbremse ziehen müssen. Ich meine die Erhöhung der Grundsteuer, die alle Bürgerinnen und Bürger finanziell belastet hätte, die Eigenheimbesitzer wie die Mieter. Auf diese unpopuläre Maßnahme können wir nun verzichten. Die wesentlichen Faktoren dafür sind die erhöhten Schlüsselzuweisungen des Landes und die Senkung der Umlage für den Landschaftsverband. Beides hat seinen Grund in den stärker als erwartet sprudelnden Steuerquellen, sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei den Verbundsteuern.

Wenn wir uns über die erhöhten Schlüsselzuweisungen freuen, heißt das nicht, dass wir insgesamt mit der finanziellen Ausstattung der Kommunen zufrieden sein können. Die strukturelle Unterfinanzierung der vom Strukturwandel besonders betroffenen Städte ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Die Konnexität wird zwar allseits als hehres Prinzip hochgehalten, in der Praxis sieht es leider anders aus.

So leitet etwa die neue Landesregierung die Flüchtlingspauschale des Bundes nicht einmal zu Teilen an die Kommunen weiter. Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, dass die alte Landesregierung das auch nicht getan hat. Dabei ist klar, dass die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen keine originär kommunale Aufgabe ist. Der Bund weigert sich auch hartnäckig, seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft weiter aufzustocken. Die Folge sind steigende Soziallasten bei den Kommunen.

Wir arbeiten hart daran, 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Aber im Hintergrund lauert das noch völlig ungelöste Problem der Altschulden. Diese Schulden sind nicht von den Kommunen verursacht, sondern Folge von Strukturwandel und Globalisierung. Es ist klar, dass die Kommunen dieses Problem nicht aus eigener Kraft lösen können, sondern auf die Hilfe von Bund und Land angewiesen sind. Auch wenn die „Hessenkasse“ nicht unbedingt ein Modell für Nordrheinwestfalen sein kann, wurde das Problem dort zumindest angegangen. Von unserer Landesregierung ist dazu bisher nichts zu hören.

Das Zinsrisiko bedroht auch die Haushaltskonsolidierung in Bochum. Die Europäische Zentralbank hat erklärt, ihre Anleihenankäufe bis mindestens September 2018 fortzusetzen, wenn auch in reduziertem Umfang. Weitere Korrekturen der extrem expansiven Geldpolitik der EZB werden sicher nur in kleinen Schritten erfolgen. Insofern bewegen wir uns mit dem Doppelhaushalt 2018/19 noch in einigermaßen sicherem Fahrwasser. Aber das kann sich mittelfristig auch schnell ändern.

Etwas optimistischer stimmt mich in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kämmerin in der letzten Hauptausschusssitzung, dass die Höhe der Kassenkredite in diesem Jahr voraussichtlich nicht wie in den Vorjahren ansteigen wird. Hier scheint sich eine positive Trendwende anzukündigen.

Meine Damen und Herren,

diejenigen unter Ihnen, die schon länger diesem Rat angehören, werden sich erinnern, dass auch in früheren Jahren schon „Tränenlisten“ abgearbeitet und Aufgabenkritik geübt wurde. Aber seit dem ersten Haushaltssicherungskonzept von 2009 wurde die Haushaltskonsolidierung unter dem wohlwollend-strengen Blick der Kommunalaufsicht dramatisch beschleunigt und intensiviert. Bisher wurden rund 140 Mio. Euro eingespart. Dabei fiel vieles Wünschenswertes und auch so manches eigentlich Notwendige durch das Raster. Auch das Personal der Stadtverwaltung ist durch Stellenabbau, längere Zeit unbesetzte Stellen und Arbeitsverdichtung betroffen. Wir haben auch nie verheimlicht, dass die Konsolidierungsanstrengungen auch für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar und spürbar werden, etwa bei der reduzierten Grünpflege.

Aber wir sparen ja nicht um des Sparens willen. Wenn wir Grüne und die Koalition insgesamt am übergeordneten Ziel eines genehmigten Haushalts festhalten, dann ist unser zentrales Motiv: Die Investitionsfähigkeit der Stadt muss erhalten bleiben. Auch in Bochum gibt es einen Sanierungsstau bei Straßen, Brücken, Kanälen und öffentlichen Gebäuden. Substanzerhalt ist das eine, aber Stagnation bedeutet Tod auf Raten. Deshalb muss sich Bochum weiterentwickeln und zukunftsfähig gemacht werden. Dazu gehört auch der nachhaltige Ausbau der Infrastruktur.

Die Haushaltsgenehmigung vorausgesetzt sind wir bei den Investitionen gut aufgestellt. Der Rekordinvestitionssumme von 120 Mio. Euro in diesem Jahr kann noch einmal gesteigert werden: Für Investitionen stehen 210 Mio. Euro bereit. Sie fließen zu großen Teilen in Schulen, Kitas, die Verkehrsinfrastruktur und die wichtigen Stadtentwicklungsprojekte Werne-Langendreer Alter Bahnhof, Laer und Wattenscheid. Ohne die verschiedenen Konjunkturpakete und das Programm „Gute Schule“ hätten wir das nicht stemmen können.

Wenn der konsumtive Haushalt schon als Entwurf auf Kante genäht ist, ist der gestalterische Spielraum der Politik logischerweise stark eingeschränkt. Die Koalition hat deshalb diesen Spielraum mit eigenen Haushaltsanträgen auch nur sehr zurückhaltend genutzt. Sehr positiv fand ich es, dass die Beschlussfassung über Haushaltsanträge dieses Jahr wieder in den Fachausschüssen stattfand. Das hat die Qualität der Beratungen deutlich erhöht. Wir sollten das beibehalten.

Ich sprach vorhin von notwendigen Infrastrukturinvestitionen, um Bochum zukunftsfähig zu machen. Ein weiteres wichtiges Element in diesem Prozess ist die Bochum Strategie. Als die erste Skizze vorgestellt wurde, sahen manche darin nur ein PR-Projekt des OB. Andere sprachen von Worthülsen aus der Marketingsprache. Die Bochum Strategie will ihre Herkunft aus dem Markenbildungsprozess gar nicht verleugnen. Mit der zunehmenden Konkretisierung der Themenfelder und Maßnahmen müsste aber auch den Skeptikern klarwerden, dass die Strategie viele sehr sinnvolle Elemente enthält, von denen manche ohne sie wahrscheinlich gar nicht finanziert werden könnten, weil sie in kein vorhandenes Budget passen. Ich nenne hier nur die Ehrenamtsagentur, die wir schon seit langem befürworten. Als Grüner freue ich mich besonders darüber, dass aus der Bochum Strategie auch Mittel in die Grünpflege und in den nächsten beiden Jahren je 700.000 Euro in die Nachpflanzung von Straßenbäumen fließen. Damit haben wir endlich unser Ziel erreicht, alle gefällten Straßenbäume auch zu ersetzen.

Bei der Stadtentwicklung sind einige langfristige Projekte auf den Weg gebracht. Ich nenne hier nur den Ostpark und die schon erwähnten Integrierten Stadtentwicklungskonzepte für drei Stadtteile. Wir brauchen dringend Wohnraum für Einkommensschwächere, weil immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass bei größeren Wohnungsbauprojekten auf städtischen Grundstücken 30 %, auf privaten 20 % für Sozialen Wohnungsbau reserviert werden. Wir begrüßen auch sehr, dass Stadtwerke und Sparkasse ihre Anteile an der VBW auf rund 80 % erhöhen. Der Charakter der VBW als kommunales Unternehmen wird dadurch weiter gestärkt. Kommunale Unternehmen können und müssen anders agieren als börsennotierte. Wir erwarten in Zukunft von der VBW ein noch stärkeres Engagement im Sozialen Wohnungsbau und eine konsequente Fortsetzung der Quartiersentwicklung.

Ein großes Projekt, das die städtebauliche Neuordnung an der Viktoriastraße und um das historische Rathaus betrifft, wird uns noch viele Jahre beschäftigen. Wir tragen den Abriss des BVZ mit, bei Musikschule und Gesundheitsamt wollen wir allerdings in einem Bestgebotsverfahren ermitteln, ob diese traditionsreichen Gebäude in das Konzept eines Investors integriert werden können. Vom Umzug der Stadtbücherei in den Telekomblock erwarten wir auch ein neues Konzept mit einer stärkeren Öffnung zur Stadtgesellschaft. Die geplante Wohnbebauung nördlich des Rathauses trägt dem Trend zu einer neuen Urbanisierung Rechnung. Wir Grüne sind allerdings der Meinung, dass der Appolonia Pfaus-Park in seiner heutigen Ausdehnung komplett erhalten bleiben muss, weil er die einzige öffentliche Grünfläche im Gleisdreieck ist.

Das förmliche Verfahren zur Aufstellung des neuen Regionalplans beginnt im nächsten Jahr. Unsere grüne Marschrichtung ist klar: Die regionalen Grünzüge dürfen nicht angetastet werden, Landschaftsschutzgebiete nur in begründeten Ausnahmefällen bei gleichwertiger Kompensation. Wir haben keine zweite Tranche für Gewerbeflächen angemeldet und wollen das auch in Zukunft nicht tun. Neben den Opelflächen haben wir noch genügend Industriebrachen, die recycelt werden müssen. Dabei wissen wir, dass zur Beseitigung von Restriktionen Fördermittel benötigt werden. Wichtige Impulse könnten hier von der Ruhrkonferenz mit Bundesregierung, EU und Verbänden ausgehen, die Ministerpräsident Laschet für das nächste Jahr angekündigt hat.

Zur Stadtentwicklung im weiteren Sinn gehört auch die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete, die mit der Verabschiedung des neuen Landschaftsplans im nächsten Jahr abgeschlossen werden soll. Das begrüßen wir ausdrücklich, zumal Bochum hier im Vergleich mit anderen Ruhrgebietsstädten erheblichen Nachholbedarf hat.

Wir werden heute auch den neuen Nahverkehrsplan beschließen. Die Umstellung auf den 15 Minuten-Takt analog zum RRX sehen wir als echten Fortschritt. Allerdings ist der NVP mit einem Geburtsfehler behaftet: Er wurde unter der Prämisse erstellt, mit den bisherigen finanziellen Mitteln auszukommen. Die Förderung des Fußgänger- und Radverkehrs ist wichtig und notwendig, aber alle Verkehrsexperten sind sich einig, dass eine deutliche Verbesserung des Modal Split zugunsten des Umweltverbands vor allem durch eine Erhöhung des ÖPNV-Anteils erreicht werden kann. Das geht aber nur durch eine Attraktivierung des ÖPNV. Mit anderen Worten: Es muss mehr Geld ins System. Dass Bogestra und Stadt das nicht alleine stemmen können, ist uns klar. Angesichts der NO_x-Problematik und drohender Fahrverbote muss der ÖPNV als Rückgrat des städtischen Verkehrs von Land und Bund stärker gefördert werden.

Im Sozialbereich können wir zufrieden feststellen: Es gibt keine Kürzungen bei Sozialleistungen im Haushalt. Es gibt auch keine Kürzungen bei den Zuschüssen an die freien Träger, in einigen Fällen waren sogar Erhöhungen möglich. Diejenigen, die Jahr für Jahr das Gegenteil behaupten, sollten das endlich mal zur Kenntnis nehmen.

Die Kosten für die Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge werden sich auf absehbare Zeit im Haushalt niederschlagen, weil sich neben dem Land auch der Bund vor der finanziellen Verantwortung drückt. Durch die Landeserstaufnahmestelle am Gersteinring werden Bochum aber 1.000 Flüchtlinge weniger zugewiesen, so dass in nächster Zeit keine zusätzlichen Belastungen zu erwarten sind. Alle Leichtbauhallen und ein Teil der Wohncontainer konnten inzwischen aufgelöst werden, jetzt steht die Integration im Vordergrund. Eine Erfolgsgeschichte ist die Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Anders als einige andere Städte wollen wir daran festhalten, denn sie ist der Garant für einen unbürokratischen und menschenwürdigen Zugang zum Gesundheitswesen.

Die steigende Einwohnerzahl, die nicht nur auf Flüchtlinge zurückzuführen ist, hat dazu geführt, dass die erwartete demografische Dividende sich inzwischen in Luft aufgelöst hat. Das macht sich vor allem bei Schulen und Kitas bemerkbar. Bei Kitas und Tagespflege hatten wir zwischenzeitlich schon einen Deckungsgrad von über 100 % bei der Ü3-Betreuung erreicht, bei der U3-Betreuung hatten wir unser selbstgesetztes Ziel von 40 % fast erreicht. Doch jetzt müssen in den nächsten Jahren mindestens 300 Plätze in Kitas und Tagespflege von der Stadt und freien Trägern zusätzlich bereitgestellt werden, wobei ein Ausbau insbesondere in der U3-Betreuung erforderlich ist. Die Stadt baut zwei neue Kitas und einige Anbauten an bestehenden Kitas, auch die freien Träger engagieren sich, z.B. in Höntrop. Das Problem ist erkannt und wir sind guten Mutes, dass das vorhandene Defizit in den nächsten Jahren ausgeglichen werden kann.

Bei den Hilfen zur Erziehung sinken die Fallzahlen leicht. Hier zeitigt die Präventionsstrategie durch Sozialarbeit in Schulen und neuerdings auch in Kitas erste Erfolge. Erfreulich ist auch die Entwicklung bei den städtischen Altenheimen. Der städtische Zuschuss an die SBO sinkt kontinuierlich, der eingeschlagene Weg mit Neuorganisation und Neubauten hat sich als erfolgreich erwiesen. Abgeschlossen wird der Prozess durch die Neubauten an der Kracht- und Dördelstraße sowie die Abmietung der Gabelohstraße.

Abschließend noch ein paar Worte zu Schulen und Kultur:

In Mitte wird es eine neue Gesamtschule geben, wir halten eine weitere Gesamtschule auch in Wattenscheid für erforderlich. Die Planung für das Schulzentrum Nord läuft.

Das Musikforum brummt, der neue Intendant des Schauspielhauses ist gefunden, die freie Szene hat mehr Planungssicherheit durch zweijährige Bewilligungsbescheide. Weitere Impulse für das kulturelle Leben erwarten wir von einem Kulturentwicklungsplan, der hoffentlich vom neuen Dezernenten befördert wird.

Wie immer danke ich dem Kämmerer, der den Haushalt eingebracht, und der Kämmerin, die ihn auf dem Weg in den Rat weiter begleitet hat, sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung.